GROSSBRITANNIEN

Gewerkschaftsmonitor

April 2021

POLITISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE RAHMENBEDINGUNGEN

POLITISCHE ENTWICKLUNG

Auch 2021 bleiben die Corona-Krise und der am 1. Januar 2021 endgültig zur Realität gewordene Brexit die beherrschenden Themen in Großbritannien. Großbritannien befindet sich Anfang März 2021 im dritten Shutdown. Mit mehr als 120 000 Corona-Toten ist das Land schwerer von der Pandemie gebeutelt als alle anderen EU-Länder.

Obwohl die Brexit-Übergangsphase mit dem 31. Dezember 2020 endete, bleibt der Brexit wichtiges Thema in Großbritannien. Kurz vor Ende der Übergangsfrist konnte ein Freihandelsvertrag vereinbart und damit ein No-Deal Szenario abgewendet werden. Doch auch wenn der Handelsvertrag weitere Aspekte wie polizeiliche Zusammenarbeit und die Beteiligung an Forschungsprojekten beinhaltet, bleibt der Deal ein schwacher Deal – wichtige Aspekte wie der Zugang zum Markt für Dienstleistungen, außenpolitische Kooperationen und Datenschutzfragen fehlen im Abkommen, viele Fragen im britisch-europäischen Verhältnis bleiben ungeklärt. Daher werden auch die kommenden Jahre von Verhandlungen zwischen London und Brüssel geprägt sein. Ein besonders heikler Punkt ist dabei die nordirisch-irische Grenze. Der Brexit-Vertrag sieht vor, dass Nordirland faktisch weiter zum EU-Binnenmarkt gehört. So sollte eine harte Grenze mit Kontrollen zwischen der Republik Irland und Nordirland verhindert werden. Der aktuelle Streit um Impfstofflieferungen und Kontrollen an der nordirischen Grenze zeigen, wie verletzlich dieser Punk des Austrittsabkommens ist und wie sehr sich der Ton zwischen Großbritannien und der EU verschärft hat. Zudem werden durch den Brexit Risse im Vereinigten Königreich sichtbar. Die Autonomiebestrebungen Schottlands wurden verstärkt und die schottischen Wahlen im Mai 2021 werden zeigen, ob sich dies zu einem Konflikt zwischen London und Edinburgh zuspitzt. Die regierende Scottish National Party hat angekündigt, diese Wahlen zu einer Abstimmung über die Unabhängigkeit zu machen. Sie strebt eine Volksabstimmung über den Austritt aus dem Vereinigten Königreich an, wenn sie die Wahlen gewinnt. Bisher liegt die SNP in allen Umfragen deutlich vorn.

Seit 2019 wird Großbritannien von Boris Johnson (Tory-Partei) regiert. Bei Wahlen im Dezember 2019 erhielten die Konservativen unter seiner Führung die absolute Mehrheit im Unterhaus. Während 2020 die Umfragewerte von Premierminister Johnson auf Grund der hohen Anzahl an Corona-Toten und massiver Kritik am Krisenmanagement seiner Regierung deutlich eingebrochen sind, erholen sich Anfang 2021 seine Umfragewerte mit dem Voranschreiten der Impfstrategie. Die Labour-Partei erzielte bei den Wahlen 2019 mit 32,1 Prozent das schlechteste Wahlergebnis seit Jahrzehnten, was zu einem Rücktritt von Parteichef Jeremy Corbyn führte. Sir Keir Starmer wurde im April 2020 zum Nachfolger gewählt. Mit Starmer rückte Labour wieder mehr in die Mitte, im neuen Parteikurs werden Patriotismus, Familie und Sicherheit betont. Damit hofft Starmer bei der nächsten Wahl 2024 Stimmen aus der verlorenen Wählerschaft zurück zu gewinnen.

WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE LAGE

Die Wirtschaft in Großbritannien ist durch die Auswirkungen der Corona-Pandemie besonders stark getroffen. So brach das Bruttoinlandsprodukt 2020 um 9,9 Prozent ein, im Vergleich dazu fiel das BIP im Euroraum nur um 6,8 Prozent. Damit ist die britische Wirtschaft im vergangenen Jahr so stark geschrumpft wie mindestens seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr, britische Medien sprechen von dem schlechtesten Jahr für die britische Wirtschaft seit 1709. Auch wenn Ökonom_innen mit einem Aufschwung im Frühling 2021 auf Grund der Fortschritte in der Impfkampagne und den damit verbundenen Lockerungen rechnen, wird es laut Ökonom_innen mindestens bis 2022 dauern, bis das britische BIP das Vorkrisenniveau erreicht. Die Corona-Krise hat dabei auch deutliche Auswirkungen auf die Arbeitslosigkeit. Während die Arbeitslosenquote 2019 mit rund 3,8 Prozent auf einem sehr niedrigen Niveau lag, stieg die Quote durch die Corona-Krise deutlich. So wuchs die Zahl von Menschen, die Arbeitslosenhilfe erhalten 2020 kontinuierlich an und erreichte

im letzten Quartal 5,1 Prozent. Seit Ausbruch der Pandemie mussten etwa 6000 Pubs, Restaurants und Clubs endgültig schließen – drei Mal so viele wie 2019. Als Reaktion auf die Krise schnürte die Regierung Unterstützungspakete für Arbeitnehmer_innen, Unternehmen sowie Kommunen. Durch das »furlough scheme« – die britische Version des Kurzarbeitergelds – war es möglich 9,5 Millionen Arbeitsplätze zeitweise zu erhalten. Große wie kleine Unternehmen erhielten kurzfristig Zugang zu günstigen Krediten, Selbständige wurden ebenfalls partiell abgesichert. Das »furlough scheme« wurde 2020 mehrmals verlängert und angepasst, Ende September 2021 soll es endgültig auslaufen. Die Einführung eines Kurzarbeitergeldes und weiterer Maßnahmen im Rahmen der Bekämpfung der Corona-Krise bedeutete, dass millionenschwere Kredite vom britischen Staat aufgenommen werden mussten. So stieg die britische Staatsverschuldung 2020 auf einen Rekordwert, die Schuldenquote lag im dritten Quartal 2020 bei 101 Prozent. Im Vergleich dazu lag die Schuldenquote im EU-Durchschnitt bei 89,9 Prozent.

Der Wirtschaftseinbruch wird dabei durch den Brexit verschärft. Bereits vor dem Beginn der Corona-Krise schrumpfte die britische Wirtschaft angesichts der Unsicherheit des Brexits. Während die britische Wirtschaft 2013 bis 2017 um etwa zwei Prozent pro Jahr wuchs, verlangsamte sich das Wachstum nach dem Referendum auf etwa 1,5 Prozent und im zweiten Quartal 2019 ging das Bruttoinlandsprodukt zum ersten Mal seit 2012 zurück. Mit einem Wachstum des realen BIP von 0,9 Prozent im Jahr 2019 lag Großbritannien zudem deutlich unter dem EU-Durchschnitt von 1,5 Prozent. Auch das Pfund erholte sich nicht von seinem Abrutschen nach dem Brexitvotum und lag 2019 mit einem Jahresdurchschnitt von 1,14€ deutlich unter den 1,27€ vor dem Referendum. 2020 fiel das Pfund noch stärker ab und lag bei 1,12€. Aufgrund der Unsicherheiten um den Brexit verlegten einige britische Firmen schon vor Ablauf der Übergangsfrist ihre Produktion ins Ausland, Investitionen aus der EU in den UK gingen deutlich zurück. Zudem haben vor allem Firmen im Automobilbereich angekündigt, mit vorläufigen Werksschließungen oder vorgezogenen Werksüberarbeitungen auf den Brexit reagieren zu wollen. Honda hat diese Konsequenzen bereits gezogen und die Schließung ihres Werkes in Swindon für Sommer 2021 beschlossen und Ford schließt ein Motorenwerk in Südwales. Aber auch einige wichtige Firmen aus anderen Branchen haben Großbritannien auf Grund des Brexits bereits den Rücken gekehrt und ihre Standorte in EU-Länder verlegt. Davon besonders betroffen ist die Pharma- und Finanzbranche.

Durch die Brexit-Turbulenzen stieg das britische Handelsdefizit im vierten Quartal 2020 auf 14,3 Mrd. Pfund. Verstärkt wurde dies dadurch, dass sich viele britische Unternehmen vor dem Ende der Übergangsfrist mit Gütern aus der EU eindeckten, um sich vor einem möglichen Brexit-Chaos zum Jahreswechsel zu schützen. Trotz der Abwendung eines harten wirtschaftlichen Bruchs mit der EU, steigen durch den Brexit die bürokratischen Hürden beim Handel. So sind die ersten Monate 2021 von Meldungen über erhebliche Störungen im Warentransport von und nach Großbritannien geprägt. Ursache für die stark verzögerten und ausbleibenden Lieferungen sind meist Probleme mit Zollpapieren. Davon sind auch 1,5 Millionen kleine Unternehmen im Vereinigten Königreich betroffen, die in die EU exportieren. Durch zusätzliche Kosten aufgrund von Zollgebühren haben viele von ihnen (vorerst) den Export in die EU eingestellt. Im Januar 2021 brachen die Exporte vom Vereinigten Königreich in die EU um 40,7 % ein, Importe sind um 28,8 % gesunken.

Weiterhin ist das Vereinigte Königreich eine der deregulierten Volkswirtschaften der Welt. Während das Land 2021 im Index für wirtschaftliche Freiheit weltweit den 7. Platz belegt, führt die Deregulierung des Arbeitsmarktes zu einer wachsenden Anzahl an Scheinselbstständigkeiten und Beschäftigungsverhältnissen mit »0-Stunden-Verträgen«. Solche Verträge bieten keine Beschäftigungs- und Lohnsicherheit, da die Bezahlung flexibel nach geleisteten Arbeitsstunden erfolgt, über deren Volumen der Arbeitgeber entscheidet. Diese Problematik wurde auch durch die Corona-Krise deutlich, da es sich zeigte, dass die Standards zu Arbeitszeit und Kündigungsschutz zu niedrig sind, auch weil der gewerkschaftliche Organisationsgrad niedrig ist. So lebte bereits vor der Corona-Krise jede_r fünfte Brit_in in Armut. Fast die Hälfte von ihnen gehört zu den sogenannten »Working Poor«, also Menschen, die trotz Arbeitsstelle arm sind. Im November 2020 wurde eine Studie veröffentlicht, die zeigte, dass bereits in den ersten Monaten der Corona-Krise 700 000 weitere Menschen in Armut rutschten, darunter 120 000 Kinder. Die Schere zwischen unterschiedlichen Einkommen ist weiterhin breit geöffnet und die Einkommensungleichheit ist seit Jahren eine der höchsten in Europa (Gini-Koeffizient von 0,33 lt. OECD-Data).

Eine offensichtlich negative Entwicklung ist die sogenannte High Street-Krise, der in vielen Städten sichtbare Niedergang der kommerziellen Straßen im Zentrum. Mit Mothercare, Bonmarche, Jamie's Italian und Thomas Cook gingen bereits vor der Pandemie namhafte Unternehmen bankrott, aber auch zahlreiche andere Ladengeschäfte waren davon betroffen, dass der Konsum zurückgegangen ist und die Verlagerung auf Internethandel zugenommen hat. Diese Entwicklung manifestiert für viele Brit_innen gerade in kleineren Städten die Abwärtsspirale, in der sie sich gefangen sehen. Viele dieser Orte haben unter dem Niedergang der klassischen Industrien wie Kohle und Stahl schwer gelitten und ihre Bewohner_innen müssen nun mitverfolgen, wie traditionelle Referenzpunkte des kommunalen Lebens wie Ladengeschäfte, Apotheken oder auch Pubs zunehmend schließen. Durch die Corona-Krise kommt es zu einer Pleitewelle gerade kleinerer Ladengeschäfte und mithin zu einer Verschärfung der High Street-Krise.

Das Bild der Krise im Vereinigten Königreich wird untermalt von einem Bericht aus dem Jahr 2019 des UN-Sonderberichterstatters Philip Alston zu Armut und der Menschenrechtssituation im Land. Der Report liest sich wie eine Generalabrechnung mit der Austeritätspolitik der vergangenen Jahre. Er konstatiert der Regierung eine Verweigerungshaltung gegenüber diesen Effekten vor allem auf die Ärmsten der Gesellschaft. Besonders frappant hier ist die Reform der sozialen Sicherung. Unter dem Stichwort »Universal Credit« wurden die verschiedenen Leistungen zusammengeführt und vereinfacht. Das System sollte effektiver und transparenter werden und Unter-

stützungsempfänger dazu anregen, Arbeit aufzunehmen. Der »Universal Credit« wird von rund 6 Millionen Menschen in Anspruch genommen. Von seiner Grundstruktur ist er darauf angelegt, Menschen in der kurzen Phase zwischen Jobwechseln über die Runden zu helfen, allerdings ist die Höhe gering und der Zugang beschwerlich. In der Praxis hat es sich zudem erwiesen, dass mit Universal Credit eine Vielzahl von Menschen schlechter gestellt werden. Auch ist das System hochkomplex, schwer zu verstehen und mit langen Wartezeiten verbunden. So haben sich die Mietschulden von Zuwendungsempfängern massiv erhöht, ihre Chancen auf dem Mietmarkt haben sich radikal vermindert und es besteht die Befürchtung, dass dies zu einem weiteren Ansteigen der Obdachlosigkeit führen wird. Dem wurde in der Corona-Krise kurzzeitig gegengesteuert, indem der Universal Credit um ca. 1000 GBP pro Jahr angehoben wurde und Wohnungsräumungen erschwert wurde.

In der allgemeinen Wahrnehmung der Krise darf das Gesundheitssystem, eine der wichtigsten Errungenschaften der britischen Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg und damit ein zentrales Symbol für die Funktionsfähigkeit des Sozialstaats, nicht fehlen. Die Auswirkungen des Brexits sind hier unmittelbar spürbar, da offene Stellen des National Health Service (NHS) nur unter Schwierigkeiten nachbesetzt werden können, weil die Zuwanderung aus Europa nachgelassen hat. Daher tun sich zunehmend Lücken in der Gesundheitsversorgung auf. Hinzu kommt, dass die chronische Unterfinanzierung der letzten Jahre sowie die Alterung der britischen Gesellschaft den NHS zunehmend unter Druck setzen. So befand sich im Januar 2021 ein Rekord von beinahe 5 Millionen Patienten auf Wartelisten und bezüglich der Wartezeiten in der Notaufnahme brach der NHS negative Rekorde. Die Regierung hat auf Missstände im Gesundheitssystem reagiert, indem ein großer Teil unerwarteter Steuereinkommen für das Gesundheitssystem reserviert und das Budget für den NHS deutlich erhöht wurde. Damit könnte zumindest ein Teil der liegen gebliebenen Investitionen der vergangenen Jahre aufgeholt und dringende Lücken gestopft werden.

Die Corona-Pandemie brachte allerdings das britische Gesundheitssystem an seine Belastungsgrenze. Dass Sars-CoV-2 die Briten härter als alle anderen Länder Europas traf und Großbritannien die höchste Todesrate in Europa hat, verdeutlicht das problematische Krisenmanagement der britischen Regierung und die mangelnde Ausstattung des NHS. So war das Vereinigte Königreich vor Beginn der Pandemie eines der Länder in Europa mit der niedrigsten Anzahl von Intensivbetten pro Kopf, was auch durch den Aufbau von Notkrankenhäusern kaum behoben werden konnte. Die Sparmaßnahmen der vergangenen zehn Jahre führten besonders im Pflegebereich dazu, dass nicht ausreichend Schutzkleidung vorhanden war und die Infektionsgefahr durch Personal, das zwischen Einrichtungen pendelt für die verwundbarste Bevölkerungsgruppe enorm hoch war. Dazu kommen die Auswirkungen der tiefen Ungleichheiten im Land, die durch Corona deutlich wurden: So starben überproportional viele Angehörige von Minderheiten, die häufig aus ärmeren und dicht besiedelten Stadtteilen kommen. Dabei lässt sich für Großbritannien ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Todesrate und Höhe des Einkommens feststellen.

GEWERKSCHAFTSPOLITISCHER KONTEXT

Die britischen Gewerkschaften befinden sich in einem adversen politischen, gesellschaftlichen und sozialen Umfeld. Sie sind in ihren Einflussmöglichkeiten daher eingeschränkt. Die unter Thatcher begonnenen Attacken auf die Arbeitnehmer_innenvertretungen haben tiefe Spuren in Wirtschaft und Gesellschaft hinterlassen. Seither sind die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften abgesunken, ihre Organisationsdichte hat stark nachgelassen und ihre Fähigkeit, die Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer durch Streiks durchzusetzen ist stark zurückgegangen.

Erst in den letzten Jahren, beginnend mit den Auswirkungen der Finanzkrise auf die britische Gesellschaft, verstärkt durch den Brexit und die aktuelle Corona-Krise hat sich die gesellschaftliche Wahrnehmung der Gewerkschaften zu verändern begonnen. Dies hat sich jedoch noch nicht in einer institutionell gestärkten Rolle in der Gestaltung von Politik und Gesellschaft niedergeschlagen, auch weil seit 2010 die gewerkschaftsfeindlichen Tories an der Macht sind. In der Corona-Krise sind nun Solidarität und Unterstützung der Gewerkschaften besonders gefragt. Hier konnten die Gewerkschaften ihre kollektive Stärke nutzen, um in Form eines ad hoc Sozialen Dialogs mitzuentscheiden, wie Arbeitnehmer_innen vor den Auswirkungen der Krise geschützt werden können. Der Dachverband TUC spielte beispielsweise eine entscheidende Rolle in der Ausarbeitung der britischen Version des Kurzarbeitergeldes. Zudem konnten in Vereinbarungen zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern eine Kurzarbeit von vielen Mitarbeitenden mit voller Lohnfortzahlung erreicht werden.

Auch beim Brexit und dessen Folgen spielen die Gewerkschaften eine wichtige Rolle. Der TUC sprach sich vehement gegen ein »No Deal« Szenario aus, da ein solcher Arbeitsplätze bedrohe. Mit dem Austritt aus der EU befürchten die Gewerkschaften, dass Arbeitnehmerrechte aufs Spiel gesetzt werden, da diese Rechte, ebenso wie Mutterschutz und Elternzeit, erst durch die EU-Gesetzgebung durchgesetzt wurden.

Durch den Beitritt vieler Frauen, wuchs die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder 2019 zum dritten Mal in Folge und durch die erhöhte Sichtbarkeit und Bedeutung der Gewerkschaften in der Corona-Krise gewannen diese besonders im Rahmen des ersten Lockdowns 2020 tausende Neumitglieder.

GEWERKSCHAFTEN IN GR0SSBRITANNIEN – FAKTEN UND DATEN

HISTORISCHE ASPEKTE

Die britischen Gewerkschaften blicken auf eine wechselhafte Geschichte zurück, die lange Jahre vom Aufstieg der organisierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geprägt war. Im Zuge der Industriellen Revolution bildeten sich schon Anfang des 19. Jahrhunderts organisierte Gewerkschaften in London und den Industrierevieren in Wales und Nordengland.

Doch erst 1867 wurde das Gewerkschaftswesen mit dem Trade Unions Act legalisiert und als vorteilhaft für Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite erklärt. Von diesem Ausgangspunkt an gewannen britische Gewerkschaften stetig neue Mitglieder hinzu und gründeten 1900 die Labour-Partei als politische Plattform der Interessen von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern. Ende der Siebziger Jahre erreichten sie ihren Höhepunkt, als mehr als 13 Mio. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert waren. Zum gleichen Zeitpunkt begann jedoch auch der aktuell weiter andauernde Niedergang, der aktiv von der konservativen Regierung unter Margret Thatcher betrieben wurde, die Gewerkschaften auch als »the enemy within« bezeichnet hatte, den man bekämpfen müsse. In der Folge privatisierte sie viele der Hochburgen der britischen Gewerkschaftsbewegung, besonders im Bergbau und unterminierte hiermit einen schlagkräftigen Teil der Gewerkschaften. Zudem verabschiedete sie eine Reihe von Gesetzen, die die Handlungsfähigkeit und Autonomie der Arbeitnehmervertretungen einschränkten. Die Labour-Regierung von Tony Blair in den Neunziger Jahren behielt diese Einschränkungen der Kollektivrechte bei, stärkte aber gleichzeitig die Individualrechte von Arbeitnehmer_innen am Arbeitsplatz. Mit dem Wahlsieg von David Cameron setzte sich das Aufstellen legaler Barrieren für Arbeitskämpfe fort und im Trade Union Act von 2016 wurden noch höhere Hürden für Streiks gesetzlich festgelegt.

GEWERKSCHAFTSLANDSCHAFT

Die Gewerkschaftslandschaft ist geprägt vom Dachverband TUC und seinen 48 Einzelgewerkschaften. Die größten davon sind Unite, UNISON und GMB. Die Mitgliederzahl des TUC liegt aktuell bei etwa 5,5, Mio. Die drei vorgenannten Einzelgewerkschaften repräsentieren allein etwa 44 Prozent aller Gewerkschaftsmitglieder. Politisch sind die Gewerkschaften meist Labour-nah, so sind etwa die Hälfte der Einzelgewerkschaften mit Labour assoziiert, das bedeutet, dass ihre Mitglieder ein Opt-In zur Labour-Mitgliedschaft erhalten, sobald sie der Gewerkschaft beitreten. Sie steuern etwa 12 Prozent des Haushaltes von Labour bei.

Der TUC vertritt mehr als 80 Prozent der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innen in Großbritannien. Daneben gibt es noch drei weitere kleinere Dachverbände, die sich auf den öffentlichen Dienst, Ingenieure und Schiffbauer sowie Künstler konzentrieren. Der TUC wurde 1868, im Mechanic's Institute in Manchester gegründet. Das Hauptentscheidungsorgan der TUC ist der jährliche Kongress. Dazwischen entscheidet der General Council (56 Mitglieder). In Großbritannien war die seit dem 18. Jahrhundert existierende Gewerkschaftsbewegung treibende Kraft bei der Etablierung einer Arbeiterpartei. Enttäuscht von bisherigen liberalen Bündnispartnern im Parlament schuf sich der TUC 1905 ein »Labour Representation Comittee« (LRC), aus dem sich später die bis heute bestehende Labour-Partei entwickelte.

Unite the Union (Unite) entstand im Mai 2007 durch den Zusammenschluss der zweit- und drittgrößten Gewerkschaften Amicus und Transport and General Worker's Union. 2020 hatte die Gewerkschaft mehr als 1,2 Millionen Mitglieder, davon fast 2/3 Männer. Unite ist stärker im Privatsektor organisiert als im öffentlichen Sektor, hat aber dennoch mindestens 200,000 Mitglieder im öffentlichen Sektor. Unite ist in fast allen Bereichen der Wirtschaft vertreten, u. a. bei Kraftfahrzeugherstellern, Druckereien, im Finanz-, Straßen- und Transport-, und Gesundheitssektor. Unite ist eine demokratische kampagnenorientierte Gewerkschaft. Sie hat einen Political Fund, der genutzt wird, um Kampagnen zu Themen wie NHS, Arbeitnehmerrechten, und generellen Themen im Bereich Arbeit und Soziales zu unterstützen. Weniger als die Hälfte des Funds geht an Labour im Rahmen der sogenannten »affiliation fees«. In der Wahl zum Parteivorsitzenden der Labour Partei 2021 unterstützte Unite Rebecca Long-Bailey, die als Kandidatin der Linken galt. Aufgrund von Unstimmigkeiten mit der Labour Parteiführung um die Zahlung von Ausgleichszahlungen an ehemalige Mitarbeitende der Partei, verkündete Unite im Oktober 2020, ihre Zahlungen an Labour um 10 % zu reduzieren. Dennoch bleibt die Gewerkschaft der größte Finanzierer der Partei. Unite ist Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO), hat aber auch selber eine politische Struktur mit »Regional Labour Party Liaison Committees« und einem »National Labour Party Liaison Committee«, welche die Unite Positionen implementieren sollen. Gewählt werden sie von Mitgliedern auf regionalen Konferenzen alle drei Jahre. 2008 gründete Unite mit United Steelworkers eine neue globale Gewerkschaft: Workers Uniting. Dieser Gewerkschaftsverband hat 3 Millionen Mitglieder in Großbritannien, Irland, Nordamerika und der Karibik.

UNISON entstand 1993 durch den Zusammenschluss von der National and Local Government Officers Association (NALGO), der National Union of Public Employees (NUPE) and der Confederatiof of Health Service Employees (COHSE) und organisiert primär den Öffentlichen Sektor. 2020 hat UNISON knapp 1,2 Millionen Mitglieder. Anders als Unite, ist UNISON weitgehend weiblich geprägt – mehr als 900 000 Mitglieder sind Frauen. UNISON wird geführt von einem Presidental Team, gewählt vom National Executive Council (NEC). Der NEC wird von Mitgliedern gewählt. UNISON hat member groups, und service groups und ist in 12 Regionen unterteilt. Außerdem hat es lokale Branchen, sie hat 1,200 Angestellte. Auch UNISON hat einen politischen Fund, der für politische und soziale Kampagnen genutzt wird. Mitglieder können in einen Fund einzahlen, der auch die Labour-Partei unterstützt. Der General Political Fund fördert anti-rassistische Veranstaltungen sowie lokale Kampagnen gegen Privatisierung und den Verkauf staatlicher Sozialwohnungen. UNISON ist auch Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO). Bei der Wahl des Labour-Parteivorsitzenden unterstützte UNISON Keir Starmer, der sich als Kandidat der Einheit präsentierte.

Die GMB wurde am 31. März 1889 gegründet. Im Jahre 1924 ist die National Union of General and Municipal Workers aus einem Zusammenschluss der National Amalgamated Union of Labour, National Union of General Workers und der Municipal Employees Association hervorgegangen. Im Jahre 1982 wurde sie in General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union umbenannt. Die knapp 600 000 Mitglieder sind Teil

Tabelle 1
Die wichtigsten gewerkschaftlichen Dachverbände in Großbritannien

Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Trades Union Congress (TUC)	Generalsekretärin: Frances O'Grady Stv. Generalsekretär: Paul Nowak	5 421 895	IGB, EGB

Tabelle 2
Die wichtigsten Branchenverbände bzw. Einzelgewerkschaften in Großbritannien

Branchenverband / Gewerkschaft	Dachverband	Vorsitz / stv. Vorsitz	Mitglieder	Internationale Mitgliedschaften
Unite the Union (Unite)	TUC	Generalsekretär: Len McCluskey	1 200 303	IndustriAll, IndustriAll Europe; Uni Europe, ETF, EFBWW, EPSU, EFFAT, IndustriAll, ITF, BWI, IUF, PSI, UNI
UNISON	TUC	Generalsekretär: Christina McAnea Präsidentin: Josie Bird		EPSU, PSI
General, Municipal, Boilermakers and Allied Trade Union, GMB (General-, Kommunal-, Kesselbauer- und alliierte Gewerkschaften)	TUC	kommissarischer Generalsekretär: Warren Kenny (bis 3. Juni 2021)		EPSU, UNI Europe, EFFAT, IndustriAll Europe, ETF PSI, UNI Global, IndustriAll, IUF, ITF

einer lokalen Branche. Jede Branche ist Teil einer der 9 GMB Regionen. Außerdem sind Mitglieder Teil einer der drei Industriellen Sektionen von GMB. Jede Sektion wird von einem National Secretary geleitet. Der National Secretary und National Officer berichten regelmäßig an das Section National Committee, das den GMB Central Executive Council berät. GMB organisiert fast alle Industrien, Verkauf, Sicherheit, Schulen, Soziale Arbeit, NHS, und lokale Regierung. GMB ist drittgrößter Gewerkschaftsspender von Labour. Bei der Wahl des Labour-Parteivorsitzenden unterstützte GMB Lisa Nandy, die für eine neue Art der Politik, durch die die verlorenen Stimmen und Wahlkreise in ländlichen Regionen zurückgewonnen werden soll, warb. Auch GMB ist Mitglied der Trade Union and Labour Party Liaison Organisation (TULO). Sie ist die erste britische Gewerkschaft mit einem Büro in Brüssel, ist sehr engagiert in EU-Gesetzgebungsarbeit für Arbeitnehmerrechte und Gesundheit am Arbeitsplatz sowie Sicherheitsfragen.

ARBEITSBEDINGUNGEN DER GEWERKSCHAFTEN

Der rechtliche Rahmen für Gewerkschaftsarbeit hat sich seit der Regierung Thatcher stark verändert. Ein Teil der Veränderungen bewirkte eine höhere Transparenz der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern, die Regelung demokratischer Abläufe wie Streikabstimmungen, Wahlen von Funktionär_innen sowie das Verbot sogenannter »closed shops« – Betriebe, in denen nur Gewerkschaftsmitglieder beschäftigt werden durften. Gleichzeitig zielten die Veränderungen aber auch darauf, Arbeitskämpfe teuer, komplizierter und damit seltener zu machen. Die Einschränkungen des letzten Trade Union Acts von 2016 prägen heute maßgeblich die Arbeitsbedingungen von Gewerkschaften. So müssen Arbeitskämpfe mit einfacher Mehrheit in einer geheimen Abstimmung beschlossen werden, an der mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten teilnehmen. In Sektoren der öffentlichen Daseinsfürsorge wie Gesundheit, Transport oder Grenzschutz müssen sogar mindestens 40 Prozent der Abstimmungsberechtigten einem Arbeitskampf zustimmen. Dies erschwert die Durchführung von Arbeitskämpfen und hat dazu geführt, dass die Anzahl der durch Streik verlorenen Arbeitstage in den vergangenen Jahren stetig gesunken ist.

Zwei weitere legale Einschränkungen für die Gewerkschaftsarbeit sind nennenswert, weil sie den Vorrang individueller vor kollektiven Rechten festschreiben. Gewerkschaftsmitglieder können sich dafür entscheiden, sich am so genannten »Political Fund« der Gewerkschaft zu beteiligen, oder auch nicht. Diese Fonds werden verwendet, um entweder eine politische Partei direkt zu unterstützen, oder spezifische Kampagnen der Gewerkschaft zu finanzieren. Zudem dürfen Gewerkschaftsmitglieder sich weigern, an einem Streik teilzunehmen. Dies wird von der ILO kritisiert, weil es die Effektivität von Arbeitskämpfen einschränken kann.

GEWERKSCHAFTEN UND IHRE KERNAUFGABEN

Das Problem britischer Arbeitnehmervertretungen ist ein mehrdimensionales. Zum einen hat sich die Zahl ihrer Mitglieder in den letzten Jahrzehnten starkverringert, der Organisationsgrad ist auch im OECD Vergleich stark zurückgegangen. Gleichzeitig steigt die Zahl der prekär Beschäftigten und Schein-Selbstständigen. Aktuell liegt der Organisationsgrad bei 23,5 Prozent, dabei ist er im Öffentlichen Dienst mit 52,3 Prozent sehr hoch, im Privatsektor dagegen beträgt er gerade mal 13,3 Prozent. Ähnlich ist die Situation bei den Tarifverträgen: 26,9 Prozent der Beschäftigten profitieren von einem Tarifvertrag. Diese Tarifverträge existieren dabei vor allem im Öffentlichen Dienst – hier sind über 60 Prozent der Beschäftigten abgedeckt – oder bei gut bezahlten Jobs im Privatsektor, wo nur etwa 15 Prozent der Arbeitnehmer_innen tariflich bezahlt werden.

Der öffentliche und private Sektor unterscheiden sich auch in der Eben der Tarifverhandlungen. Der öffentliche Sektor kennt noch die Aushandlung von Tarifverträgen auf Branchenebene, während im Privatbereich die Betriebs- oder gar Betriebsstätten-Ebene dominiert. Der Trend deutet auf eine zunehmend lokale und kleinteilige Tarifbindung hin, auch weil einzelne Betriebe nicht an Branchentarifverträge gebunden sind und daher bevorzugen, ihre eigenen Bedingungen auszuhandeln.

Die Sozialpartnerschaft in Großbritannien ist eher schwach ausgeprägt, hat aber ironischerweise sowohl durch die EU-Bestimmungen als auch durch den Brexit einen kleinen Schub erfahren. So verhandelten der Dachverband TUC mit dem Industriedachverband CBI über die Konsultations- und Informationsrichtlinie sowie die Entsenderichtlinie. Auch in Fragen Brexit gab es Gespräche und gemeinsame Positionen zwischen beiden Seiten.

Der Einfluss der Gewerkschaften auf die Gestaltung von Sozialstaat und Sozialgesetzgebung ist stark davon abhängig, welche Partei die Regierung stellt. Im aktuellen Fall der Konservativen ist ihr Einfluss sehr gering, während die Rolle der Gewerkschaften unter einer Labour-Regierung deutlich ausgeprägter und einflussreicher ist.

GEWERKSCHAFTEN UND IHR (POLITISCHES) GEWICHT

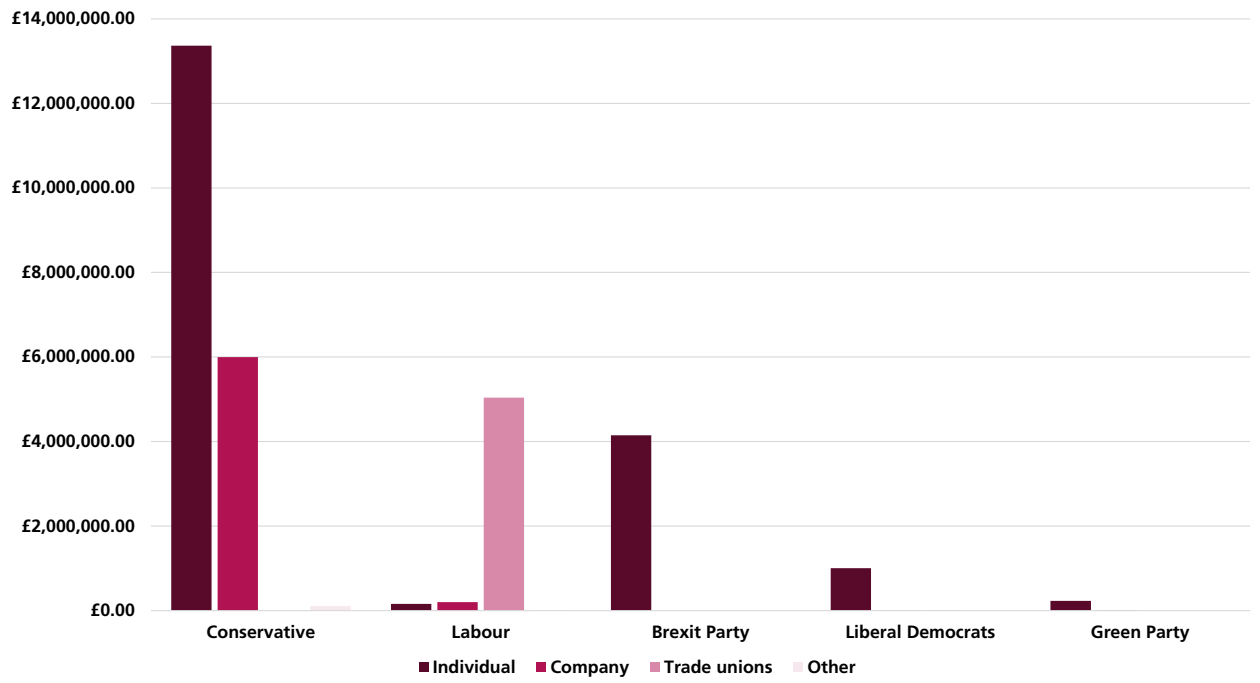
Die Labour-Partei ist ein Kind der Gewerkschaftsbewegung und trotz wechselhafter Beziehungen besonders in den Jahren von Tony Blair ist diese Bindung nicht abgebrochen. Das politische Gewicht der Gewerkschaften ist daher immer in Relation zur Partei zu sehen. Der direkte Einfluss der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auf die Partei ist seit einer Parteireform 2015 geringer geworden. Aufgrund der nun erfolgenden Urwahl des Vorsitzenden, wurde die Rolle der Gewerkschaften als Ko-Königsmacher mit der Fraktion reduziert. Dennoch sind besonders die politischen Funds der großen Einzelgewerkschaften weiterhin ein zentrales Einflussinstrument auf die Labour-Partei, die einen beträchtlichen Teil ihrer Finanzen über Unite, UNISON und GMB erhält. Von den 14,5 Mio Pfund, die die Labour-Partei 2020 als Spenden erhielt, stellten die Gewerkschaften mehr als 6 Millionen Pfund. Noch deutlicher wird die Bedeutung der Gewerkschaften für die Labour-Partei bei den Spenden im Rahmen der Unterhauswahlen 2019. Dabei erhielt die Labour Partei 5,411,296 Pfund an registrierten Spenden, davon 5,039,754 von Gewerkschaften.

Des Weiteren unterstützen einzelne Gewerkschaften die Partei durch die Abstellung von Personal oder die Bereitstellung von Räumlichkeiten. In den vergangenen Jahren stach dabei die Einzelgewerkschaft Unite hervor, deren Vorsitzender Len McCluskey als wichtiger Unterstützer und Berater des ehemaligen Labour-Vorsitzenden Corbyn galt. Sein Einfluss war nicht zu unterschätzen, besonders wenn man sich vor Augen führt, dass einer der wichtigsten Berater des damaligen Parteichefs Corbyn, Andrew Murray, bei der Gewerkschaft Unite beschäftigt und in Teilzeit als Berater fungierte. Diese personelle und finanzielle Verquickung führte zu einer gemeinsamen politischen Agenda. Unite unterstützte in der Nachfolgefrage massiv Rebecca Long-Bailey, die für eine Fortführung des ideologischen Kurses von Corbyn stand. Unter der Parteiführung von Starmer ist die enge Vernetzung zwischen Partei und Unite geschwächt und Unite hat seine finanzielle Unterstützung der Partei eingeschränkt. Anders ist die Entwicklung mit der zweitgrößten Einzelgewerkschaft UNISON. Diese unterstützte unter Führung des Generalsekretärs Dave Prentis schon im Vorfeld Keir Starmer als Parteivorsitzenden. Nachdem es im Januar 2021 nach 20 Jahren zu einem Führungswechsel bei UNISON kam, bleibt nun abzusehen, wie sich die Gewerkschaft unter der neuen Generalsekretärin Christina McAnea zur Labourpartei und Labourführung positioniert.

Labour hat sich dazu bekannt, die Rolle der Gewerkschaften in Zukunft zu stärken und hat die Wiedereinführung von regionalen Tarifabschlüssen in das Regierungsprogramm aufgenommen. Diese sollen vor allem in Bereichen angewendet werden, die eine hohe gesellschaftliche Bedeutung haben, aber gewerkschaftlich nicht gut organisiert sind, wie beispielsweise der Pflegesektor. Diese Positionen haben durch die Corona-Krise und die Betonung der Rolle essenzieller Arbeiter_innen neuen Schub bekommen. In der Corona-Krise forderten die Gewerkschaften eine Ausweitung des gesetzlich vorgeschriebenen Krankengelds und kritisierten das Fehlen von persönlicher Schutzausrüstung im Gesundheitssystem.

Im Brexit-Prozess hatten die Gewerkschaften auch maßgeblichen Einfluss auf die Politik von Labour. Während der TUC sich offen gegen den Brexit ausgesprochen hat und weiterhin für eine Beibehaltung der Standards kämpft, gab es bei den Einzelgewerkschaften eher differenziertere Ansichten zum Verbleib in der EU. Besonders der Vorsitzende von Unite, Len McCluskey hatte sich lange dafür ausgesprochen, den Brexit zu vollziehen und stand auch einem potenziellen zweiten Referendum skeptisch gegenüber. Damit haben die Gewerkschaften zum Teil zu dem uneinheitlichen Bild Labours in der Brexit-Frage beigetragen, das zur verheerenden Wahlniederlage 2019 beitrug.

Abbildung 1
Spenden im Rahmen der Wahlkampagnen zur Unterhauswahl 2019



Das öffentliche Ansehen der Gewerkschaften hat sich bei Betrachtung der langfristigen Trends auf einem hohen Niveau stabilisiert. So stimmen im Januar 2017 fast 80 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass »Gewerkschaften essenziell sind für die Vertretung von Interessen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer«. Nur etwa 36 Prozent sind der Ansicht, dass Gewerkschaften zu viel Macht haben. Gerade letztere Position hat sich im Zeitverlauf massiv verändert. Glaubten in der Hochzeit des Thatcherismus Anfang der Achtziger Jahre noch fast 80 Prozent, dass Gewerkschaften zu mächtig sind, hat sich dies nun mehr als halbiert, Im Februar 2020 antworteten 31 Prozent der Befragten, dass Gewerkschaften eine positive Rolle im Vereinigten Königreich spielen, etwa 29 Prozent sahen ihre Rolle negativ. Die Corona-Krise hat diese Wahrnehmung kaum verändert. So gaben im August 2020 weiterhin 31 Prozent der befragten an, dass Gewerkschaften eine positive Rolle spielen. Die Zahl der Personen, die eine negative Rolle der Gewerkschaften sehen, verringerte sich leicht auf 28 %. Dieses Bild beruht sicherlich auch auf der Tatsache, dass Gewerkschaften zunehmend weniger Einfluss auf das Wirtschaftsleben haben und Trends in der Privatwirtschaft nur wenig entgegen zu setzen haben. Das leicht positive Bild in der Öffentlichkeit korreliert daher mit organisatorischer und politischer Schwäche. Gewerkschaften polarisieren daher auch nicht mehr in dem Maße wie in der Vergangenheit, weil sie weniger relevant für Arbeitnehmer_innen geworden sind.

Die wichtigsten Herausforderungen neben der Corona-Krise und der Gefahr eines Verlustes von Arbeitnehmer_innenrechten durch den Brexit sind für die britischen Gewerkschaften kurzfristig der demografische Wandel der eigenen Mitgliedschaft und mittelfristig die Veränderungen des Arbeitsmarktes durch Digitalisierung und Automatisierung. Im Hinblick auf erstere Herausforderung ist es 2018 erstmals gelungen, die bislang stetig sinkenden Mitgliederzahlen zu stabilisieren und sogar eine leichte Trendwende mit seitdem leicht steigenden Mitgliederzahlen zu erreichen. Doch die zunehmende Zahl der prekär Beschäftigten und Scheinselbständigen erschwert es, den gewerkschaftlichen Organisationsgrad zu verbessern. Die Trends des Arbeitsmarktes werfen daher ein trübes Licht auf die Zukunft der Arbeitnehmervertretungen: ihre Stärke in den traditionellen Wirtschaftszweigen sowie im öffentlichen Sektor kann die Schwäche in neuen Dienstleistungsbereichen nicht kompensieren. Kleinere Lichtblicke sind daher neue Gewerkschaftsbewegungen wie Community, UVW oder auch IWGB für Selbstständige und die New Economy oder das College of Nurses, das intensive Basisarbeit verrichtet. Daneben hat sich eine Kampagne »Organise« gebildet, die sich gleichfalls für Arbeitnehmer_innenbelange einsetzt, allerdings in einer webbasierten Form und nicht als klassische Gewerkschaft. Deren Tätigkeit war vor allem während des Lockdowns zentral, da viele Arbeitgeber, die Chance nutzten, um ihre Beschäftigen in dieser Phase zu entlassen, anstatt sie unter den staatlichen Schirm zu nehmen.

International und europäisch sind der TUC und auch die Einzelgewerkschaften intensiv vernetzt, aktuell dominiert jedoch die Sorge, dass der Brexit dazu führen wird, dass auch diese Bindungen, besonders in der EU, künftig schwächer werden.

Nicole Katsioulis, *Leiterin der Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Großbritannien, London*

Juliane Itta, *Wissenschaftliche Mitarbeiterin im Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in London*

KONTAKT

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Internationale Politikanalyse | Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin

Verantwortlich:
Dr. Marc Meinardus
Gewerkschaftsprogramme Europa und Nordamerika
marc.meinardus@fes.de
www.fes.de/internationale-politikanalyse

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.